

Gibt es einen neuen Konservatismus?

„Gibt es eine konservative Restauration in der Gesellschaft?“ – diese mir zunächst vorgelegte Frage¹ klingt rein rhetorisch; denn ihre Beantwortung ist klar und eindeutig vorgezeichnet. Wir haben genügend Belege dafür, daß unsere Gesellschaften eine konservative Restauration durchmachen; es reicht, diesen Sachverhalt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland zu erläutern.

Mit der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt war eine Reform euphorie ausgebrochen. Ob wir uns an die Schul- und Hochschulpolitik erinnern, an die Reform des Strafrechts oder an die Ostverträge: unter Stichworten wie „mehr Demokratie wagen“ oder „eine neue Gesellschaft schaffen“ wurden im Innern und nach außen Stil und Inhalt deutscher Politik nachhaltig verändert; wurden neue Richtungen eingeschlagen, „alte Zöpfe abgeschnitten“ sowie verkrustete Strukturen aufgebrochen, und der Blick richtete sich auf ein offenes und dynamisches, auf ein wirklich demokratisches und gerechtes Zusammenleben.

Doch seit einiger Zeit ist die Hochstimmung verflogen, und Enttäuschung macht sich breit. Einige mit viel Schwung begonnene Reformen sind steckengeblieben; andere erbrachten nicht den erhofften Zuwachs an Demokratie und Lebensqualität; wieder andere werden erst gar nicht angefangen, da sie sich nicht mehr bezahlen lassen. Der Progressive beklagt die veränderten Zeitläufte; mehr wehleidig oder eher zornig betrachtet er die neuen Verkrustungen, Erstarrungen und Tabus – und zugleich den Verlust seines Terrains. Der Konservative dagegen ist erleichtert, daß in die Gesellschaft endlich Ruhe einkehrt, daß in den öffentlichen Medien auch andere Intellektuelle zu Wort kommen, daß in der Gesellschaftspolitik wieder die Einsicht über die Illusionen und die Sachzwänge über die realitätsblinden Utopien herrschen: „Bevor man die Welt verändert, wäre es vielleicht wichtiger, sie nicht zugrunde zu richten“ (Paul Claudel).

Das knappe Szenario zeigt eindeutig, wie sich in der Gesellschaft eine konservative Welle ausbreitet. Trotzdem hat die positive Beantwortung der Ausgangsfrage eine Schwierigkeit. Die Frage wurde einem Philosophen vorgelegt, und Philosophen sind gelegentlich etwas querköpfig. Wenn die Situation als verworren gilt, behaupten sie gern, es sei doch alles viel einfacher; erscheint die Lage aber als klar und eindeutig, dann setzen sie dahinter ein Fragezeichen. Hinter die Behauptung einer konservativen Restauration möchte ich drei Fragezeichen setzen. *Erstens* bezweifle ich, daß es überhaupt so etwas wie eine konservative Restauration geben kann; *zweitens*, daß die gesellschaftliche Situation wirklich so einfach ist, wie es die

Kurzdiagnose nahelegt; *drittens*, daß der Begriff des Konservativen und seine Anwendung auf gesellschaftliche Verhältnisse wirklich so unproblematisch sind, wie es uns häufig erscheint.

Kann es eine konservative Restauration geben?

„Restauration“ heißt wörtlich Wiederherstellung und meint im Bereich des Politischen die Wiedereinsetzung eines vertriebenen Herrschergeschlechts, zunächst der Bourbonen nach der Absetzung Napoleons. Eng damit verbunden war der Kampf gegen die Neuerungen der Französischen Revolution. Betrieben wurde die Restauration unter der Führung von Metternich, der die bestehende Staatenordnung in Europa erhalten und revolutionäre, selbst liberale Bewegungen zu unterdrücken suchte.

Nun spricht die Ausgangsfrage nicht nur von einer Restauration, sondern von einer konservativen Restauration. Wenn es eine konservative Restauration geben soll, dann muß es auch eine nichtkonservative, wohl eine progressive Restauration geben können. Aber: als progressiv gilt, wer sich für den Fortschritt einsetzt. Der Progressive richtet sich nach vorn, auf das Neue, auf die Zukunft, von der man die Sonne und die Freiheit, von der man eine bessere, eine humanere und gerechtere Gesellschaft erwartet. Auch die Restauration – das dürfen wir nicht übersehen – will eine bessere, eine humanere Gesellschaft; doch sucht sie diese nicht in der Zukunft, vielmehr in der Vergangenheit, in der „guten alten Zeit“. Die Restauration ist auf das Altbewährte, auf das Gestern verpflichtet. Auch wenn nach dem bekannten Wortspiel gilt: „Gestern war morgen heute“, so sind doch, von heute aus gesehen, gestern und morgen zwei entgegengesetzte Richtungen. Daher kann man nicht beides zugleich wollen: eine Ausrichtung auf die Zukunft und eine auf die Vergangenheit, eine Verpflichtung auf morgen und eine auf gestern. Kurz: eine progressive Restauration ist rein begrifflich unmöglich. Dann aber *ist der Ausdruck „konservative Restauration“*, so meine *erste These, bestenfalls tautologisch*, und sachlich gesehen kann die Frage nach restaurativen Tendenzen auf den Zusatz des Konservativen verzichten.

Doch haben solche Ausdrücke nicht bloß eine sachliche, sondern auch eine rhetorische Seite. Wer modern, offen und dem Neuen aufgeschlossen sein will, für den klingen „konservativ“ und „Restauration“ negativ, und durch die Zusammenstellung wird die Abwertung noch verstärkt. Eine solche allein rhetorisch begründete Titelfrage ist jedoch philosophisch unbefriedigend.

Selbst wenn wir davon absehen, bleibt die andere Frage: Wenn eine progressive Restauration ein widersprüchlicher Begriff ist, gibt es dann wenigstens eine konservative Restauration? Konservativ heißt eine geistige Haltung, die die bestehende Ordnung wertmäßig bejaht und daher zu erhalten strebt. Konservativ

ist, wer das, was gestern bestanden und gegolten hat, für richtig hält und deshalb auch für morgen bewahren will. Die Restauration stellt aber eine Situation wieder her, die auch gestern nicht mehr bestanden hat. Im historischen Paradigma gesprochen, will die Metternichsche Restauration weder Napoleon noch die Französische Revolution bewahren; sie setzt auf ein politisches System, das schon eine Generation vorher abgeschafft worden ist; sie will wieder das Ancien régime der Bourbonen. Die Situation also, die vorgestern und nicht gestern bestanden hat, soll morgen wieder gelten.

Damit trifft sich der Restaurative mit dem Revolutionären. Beide bekämpfen das Bestehende, der eine im Namen von morgen und übermorgen, der andere im Namen von vorgestern. Da sich der Konservative auf das Gestern, der Restaurative auf ein vom Gestern verschiedenes Vorgestern richtet, *kann es – so meine zweite These – selbst eine konservative Restauration begrifflich nicht geben*. Wer auch in der politischen Diskussion begriffliche Klarheit sucht, muß auf einen der beiden Begriffe verzichten. Da der Ausdruck der Restauration noch abwertender klingt, streiche ich ihn und frage, ob es einen neuen Konservatismus in der Gesellschaft gibt.

Die gesellschaftskritische Vergangenheit

Die These von einem neuen Konservatismus lebt von einer nicht-konservativen Vergangenheit; sie setzt voraus, daß die Gesellschaft vorher anders, daß sie progressiv, zumindest reformerisch war. Ob diese Vor-Behauptung zutrifft, möchte ich am Beispiel des Bildungs- und Hochschulwesens samt der öffentlichen Diskussionslage erörtern.

In der öffentlichen Diskussion der späten sechziger und frühen siebziger Jahre herrschte eine aggressive Gesellschafts- und Autoritätskritik vor. Die Gesellschaftsverhältnisse wurden radikal abgelehnt, die bestehenden Strukturen als autoritär und repressiv, als ausbeutend und antidemokratisch verworfen, und folgerichtig versuchte man, sie von Grund auf zu ändern.

Den intellektuellen Hintergrund der Gesellschaftskritik bildete die *kritische Theorie* oder „Frankfurter Schule“. Ihre Hauptvertreter Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Erich Fromm, später auch Jürgen Habermas, suchten auf verborgene Formen von Unterdrückung und Ausbeutung aufmerksam zu machen, deren Herkunft sie aus allgemeinen Strukturprinzipien der Gesellschaft, besonders aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise und dem Leistungsprinzip erklärten. Der Maßstab, mit dem die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse beurteilt und verurteilt wurden, die Repressions- und Herrschaftsfreiheit, war zugleich das Ziel der tiefgreifenden Gesellschaftsveränderung. In der kritischen Theorie wurde die Tradition der europäischen Aufklärung des 18. und 19.

Jahrhunderts, wurden die Ideale der Französischen Revolution aufgegriffen und in den Dienst von Emanzipation gestellt: sei es der individuellen Emanzipation im Sinn der Psychoanalyse Freuds, sei es der gesellschaftlichen Emanzipation im Sinn von Marx' Kritik der politischen Ökonomie.

Hier stoßen wir auf ein weiteres begriffliches Problem: Ist die kritische Theorie eigentlich progressiv oder nicht eher restaurativ? Da sie das gesellschaftliche Heil aus der besseren Zukunft erwartet, muß sie als progressiv bewertet werden. Andererseits erscheint sie auch wieder als restaurativ, weil sie die Maßstäbe des Besseren dem 18. und 19. Jahrhundert entnimmt. Da sie nicht einfach die vergangenen Ideale propagiert, sondern sie den gewandelten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen anpassen will, enthält sie zweifelsohne eine schöpferische Komponente. Ist die kritische Theorie daher „schöpferisch-restaurativ“?

Andere Elemente der Autoritäts- und Gesellschaftskritik der sechziger Jahre stammten von Johan Galtung und seiner These der *strukturellen Gewalt*, einer Gewalt, die ganz in Übereinstimmung mit Grundgedanken der kritischen Theorie nicht auf Einzelsubjekte, sondern auf die herrschenden Gesellschaftsstrukturen zurückgeführt wurde. Wieder andere Elemente kamen aus der Bewegung der *antiautoritären Erziehung*, wie sie besonders von A. S. Neill und seiner Reformschule Summerhill inspiriert wurden. Die Grundlage der antiautoritären Erziehung bildete ein anthropologisch-pädagogischer Optimismus, verbunden mit einem psychoanalytischen Entwicklungsmodell, auf deren Grundlage Neill der Dynamik des kindlichen Trieblebens gerecht werden, Verdrängungen vermeiden und so dem Heranwachsenden zum individuellen Glück verhelfen wollte. Nur durch die äußerste Zurückhaltung des Erziehers könne das Ziel, die Selbstverwirklichung der guten Menschennatur, erreicht werden.

Antiautoritär war auch die *Kinderladen-Bewegung*, die sich dem utopischen Sozialismus und Karl Marx verpflichtet fühlte und ebenfalls psychoanalytische Kategorien einbezog. Während sich aber Neill ausdrücklich apolitisch verstand, stellte sich die Kinderladen-Bewegung in den Zusammenhang eines systemüberwindenden Klassenkampfes.

Nicht bloß die öffentliche Diskussion, auch die Gesellschaft der sechziger und frühen siebziger Jahre folgte progressiven und reformerischen Entwicklungen. Um beispielsweise Bildungsschranken abzubauen und Chancengleichheit zu fördern, wurden Schulzentren gegründet und integrierte Gesamtschulen und Gesamthochschulen eingeführt; zugleich wurden die Abiturienten- und Studentenzahlen explosionsartig vermehrt. In den Lehrplänen der Schulen wurde der Geschichtsunterricht zugunsten eines Sozialkundeunterrichts zurückgedrängt, im Zusammenhang des Abbaus von Tabus der Sexualkundeunterricht eingeführt. Die Universitäten erlebten eine Welle von Demokratisierungsversuchen, und in der Bundesrepublik wurde der Lehrstuhlinhaber (Ordinarius) abgeschafft – allerdings ohne die Unterschiede in der Professorenschaft aufzuheben; in der Klassifizierung nach

Gehaltsstufen führt die personelle Gliederung der Dozenten eine ebenso verschämte wie vitale Weiterexistenz.

Außerhalb des Bildungswesens erlebten wir die Reform des Ehe- und Familienrechts, dabei insbesondere eine Neuordnung der Scheidung; das Strafrecht und der Strafvollzug wurden reformiert, vor allem das Sexualstrafrecht und der Schwangerschaftsabbruch liberalisiert und die Resozialisierung als Ziel des Strafvollzugs (mit bedingter Entlassung, mit Urlaub, mit offenem und halboffenem Strafvollzug) eingeführt.

Diese lockeren Hinweise führen zwanglos zur *dritten These: In der öffentlichen Diskussion der späten sechziger und frühen siebziger Jahre herrschte eine Gesellschafts- und Autoritätskritik vor, die ihrerseits eine Fülle von gesellschaftlichen Veränderungen inspirierte.*

Die veränderte Situation

Die Wahlniederlage der Labour Party, noch mehr die Carters, vielleicht auch die der sozial-liberalen Koalition in Berlin zeigen einen neuen Siegeszug der Konservativen an. Andererseits weist der überwältigende Wahlerfolg François Mitterrands in die entgegengesetzte Richtung. Während Margret Thatcher wieder eine freie (kapitalistische) Marktwirtschaft einführen will, während Ronald Reagan die Macht zugunsten der Gesellschaft und der Individuen umverteilen will und die Depotenzierung des Staates und der Institutionen mit einer Kürzung der Wohlfahrtsausgaben, einer Senkung der Steuersätze und einer Einschränkung der Umweltschutzgesetze beginnt, verspricht Mitterrand den Franzosen, aber auch die Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ den Polen das, was Willy Brandt vor einem Dutzend von Jahren den Deutschen versprochen hatte: mehr Demokratie und eine humanere und gerechtere Gesellschaft.

Wieder andere Entwicklungen lassen sich gar nicht in das Raster „progressiv-konservativ“ einordnen. Trug man in den siebziger Jahren Entspannung, so wird heute Macht zur Schau gestellt. Die Sowjets sind in Afghanistan einmarschiert, Menachem Begin bombardiert Forschungszentren seiner Nachbarn, Reagan legt neue Rüstungsprogramme auf.

Eine solche Renaissance der Macht ist weder progressiv noch konservativ, zudem in Europa nicht unangefochten. Denn der sogenannte Nato-Doppelbeschluß wurde schon vor Jahren gefällt, während er heute nicht zuletzt aufgrund von selbstbewußten Pazifistengruppen wieder gefährdet ist.

Überblickt man die verschiedenen Phänomene, so ergibt sich als *vierte These: In weltweiter Hinsicht beobachten wir ebenso konservative wie gegenläufige Tendenzen und wieder andere, die das Schema „konservativ-progressiv“ sprengen.*

Doch möchte ich mich auf die mitteleuropäische Lage konzentrieren. Hier sehen

wir die meisten der wortgewaltigen Propheten der kritischen Theorie verstorben, wobei sich Horkheimer noch vor seinem Tod – zum Entsetzen der Linken – für Ehe und Familie, für Religion, Kirche und andere bestehende Institutionen eingesetzt hat. Der letzte große Wortführer der Frankfurter Schule, Jürgen Habermas, hat das Ziel einer repressionsfreien Gesellschaft zwar nicht aufgegeben, doch sucht er – in der Auseinandersetzung mit so akademischen Richtungen wie der Systemtheorie, der Sprachanalyse und der Transzendentalphilosophie – mehr den wissenschaftlich-philosophischen Disput als öffentliches Furore.

Ähnlich geht es den anderen Richtungen der Gesellschafts- und Kulturkritik: Die öffentliche Diskussion um antiautoritäre Erziehung und Kinderläden ist so gut wie verstummt. Das „Zeit“-Dossier „Das Unbehagen an der Autorität“ (7. und 14. 8. 1981) spricht zwar von überflüssigen, destruktiven, gekünstelten und falschen, aber ebenso von notwendigen Autoritäten und resümiert: „eine Gesellschaft ganz ohne Autorität ist leerer Wahn“. Auch die Gesamtschulen und die Lehrplanreform, die Strafrechts- und die Strafvollzugsreform entzünden längst nicht mehr die großen Emotionen von früher. Überhaupt fehlen die sprachgewaltigen Wortführer; ein neuer Ivan Illich ist nicht in Sicht; der Suhrkamp-Verlag hat viel von seiner meinungsbeherrschenden Bedeutung eingebüßt. Aber auch hier dürfen wir die gegenläufigen Tendenzen nicht unterschlagen. Andere Verlage sind eingesprungen, häufig kleinere und spezialisiertere: Verlage für die Frauenszene, für die Alternativen oder die Neue Linke.

Andererseits nimmt das Interesse an der großen Theorie, an der pathetischen intellektuellen Gebärde ab, und der Ruf nach mehr Praxis erscheint. Die Abneigung oder sogar Resistenz gegenüber der Theorie ist traditionellerweise ein Zeichen von Konservatismus. Ihr großer Klassiker, Edmund Burke, hat nie eine Staatsphilosophie oder eine Gesellschaftstheorie geschrieben, was freilich weder seine oratorische Brillanz noch seine rhetorischen Erfolge geschmälert hat.

Für die These eines neuen Konservatismus spricht auch die vielfältige *Wiederentdeckung der Geschichte*. Der Sozialphilosoph Hermann Lübbe geht sogar soweit zu behaupten: „Nie war eine Gegenwart vergangenheitsbezogener als unsere eigene. Wer Mut zur Vergangenheit predigt, rennt heute offene Türen ein. Vergangenheiten, auf die wir uns als Vergangenheiten beziehen, sind uns heute wie nie zuvor kulturell gegenwärtig.“

Ein *erster* Beleg: Die *Museen* werden heute nicht mehr von kritischen Relevanzfragen, sondern von Publikumsmassen bedrängt. Ihr Besuch hat schon Ausmaße angenommen, die die Erfüllung anderer Funktionen, so die historische Forschung, schwierig machen und die Integrität empfindlicher Ausstellungsstücke buchstäblich unter dem Dunst und Anhauch der Menge gefährden. Auch die Größe und die Zahl der Museen wächst ständig. Der Schweizer Kanton Freiburg beispielsweise, mit 200 000 Einwohnern etwa so groß wie ein Landkreis in der Bundesrepublik, kann heuer, bei der 500-Jahres-Feier des Eintritts in die Eidgenossenschaft, acht

Museen präsentieren, die sich auf die verschiedenen Bezirke verteilen und von denen vier neu entstanden und zwei bedeutend erweitert worden sind. Ein anderes Beispiel: In München ist nach größeren Umbauten die Alte Pinakothek wieder eröffnet worden, und die Neue Pinakothek hat zum ersten Mal ihre eigenen Räumlichkeiten gefunden.

Zweitens sind die jüngsten historischen *Ausstellungen* zu Publikumsattraktionen ersten Ranges geworden, deren Besucherzahlen in die Hunderttausende, manchmal in die Millionen gehen. In Stuttgart waren es die Staufer, in München die Wittelsbacher, in Berlin sind es nun die Preußen; in Köln wurde Albert der Große, Maria Theresia in Wien und in Melk Josef II. ausgestellt. Gleichzeitig wird die Vorzeit erinnert: die Kelten in Steyr sowie in Hallein, das Gold der Thraker in Hildesheim und in Genf; in Zürich, Berlin, Hildesheim und Köln präsentiert sich das alte China; andernorts sehen wir Nofretete und Tutenchamun. Schließlich dürfen wir die großen Retrospektiven in Paris nicht übersehen: Paris – New York, Paris – Berlin, Paris – Paris, und in Moskau Paris – Moskau.

Drittens werden aus Anlaß von Gedenkfeiern oder auch unabhängig davon allerorten *kulturelle Denkmäler restauriert*: nicht nur Kirchen und Schlösser, auch Bürger- und Bauernhäuser, alte Mühlen und Brücken, zum Teil ganze Dörfer oder Straßenzüge.

Viertens macht sich auch beim *Lesepublikum* ein starkes historisches Interesse breit. Nicht nur finden die oft überdimensionierten Ausstellungskataloge einen reißenden Absatz. Auch Popularhistorien über die Wittelsbacher oder die Preußen dringen bis in die Bestsellerlisten vor; Wochenzeitungen, Illustrierte und Magazine breiten Geschichtsserien aus; selbst an den Bahnhofskiosken findet der eilige Leser historische Werke.

Angesichts dieser Neuzuwendung zur Geschichte und Kunstgeschichte wundert es nicht, daß *fünftens* die *Geschichtswissenschaften*, deren Zukunft in den sechziger und siebziger Jahren stark beklagt wurde, eine neue kulturelle, ja sogar politische Bedeutung erfahren. Seit einigen Jahren steigen die Studentenzahlen wieder an; die Fachkongresse werden selbst von Staats- und Regierungschefs beehrt; und in München wurde vor einigen Jahren ein Historisches Kolleg eröffnet, in dem die Elite des Fachs einige Zeitlang frei von akademischen Verpflichtungen forschen kann.

Da die Zuwendung zur Vergangenheit ein wesentliches Element des Konservativen ist, steuert die Wiederentdeckung der Geschichte weitere Mosaiksteinchen zum Bild eines neuen Konservatismus bei. Allerdings liefert das Phänomen keinen eindeutigen Beitrag. Denn der Neu-Historismus unserer Zeit entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Ersatz einer ansonsten geschichtsarmen und traditionsleeren Gesellschaft. Dann aber fügt sich die Wiederentdeckung der Geschichte weniger in das Bild eines homogenen Neu-Konservatismus ein. Sie beweist viel eher den Erfolg eines geschichtslosen Progressismus, einen Erfolg freilich, dessen

die Gesellschaft nicht ganz froh geworden ist. Nicht um die Vergangenheit wieder ins Recht zu setzen, sondern aus Trauer und Melancholie über verlorene Zeiten wendet sich die Gesellschaft – am Feierabend, am Wochenende und im Urlaub – nostalgisch ihrer längst verschwundenen Herkunft zu.

Eine klarere Wende ins Konservative hat die *öffentliche Diskussion* genommen. Während in Zeiten der Reformeuphorie konservative Intellektuelle kein Publikum fanden und höchstens belächelt wurden, können sie sich heute vor der Überfülle an Einladungen zu Vorträgen und Veröffentlichungen kaum noch retten. Nach der mehr untergründigen Wirkung von Carl Schmitt, Hans Freyer und Arnold Gehlen schon in den fünfziger Jahren begann es mit der sogenannten Tendenzwende, die von konservativen Intellektuellen wie Helmut Schelsky, Thomas Nipperdey und Golo Mann, wie Hermann Lübke, Robert Spaemann, Nikolaus Lobkowicz, auch Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Alexander Schwan und Kurt Sontheimer inspiriert, proklamiert und realisiert worden ist. „Man trägt wieder konservativ“, schrieb die „Zeit“ am 29. März 1974 auf der Titelseite, und wenige Tage darauf verkündete Norbert Hinske in der „Welt“: „Progressiv ist nicht mehr chic“.

Folgenreich an dieser Entwicklung ist, daß überhaupt *bedeutende Wissenschaftler und Intellektuelle* in das konservative Lager eingezogen sind; galt es doch lange Zeit als selbstverständlich, daß Intellektuelle von Natur oder Beruf progressiv sind. Zur Tendenzwende gehören der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ gegen eine linksorientierte Politisierung der Universitäten und der Kongreß „Mut zur Erziehung“, auf dem freilich in einer bedauerlichen Verarmung des Konservatismus weniger „Grundwerte“ wie Gerechtigkeit, Besonnenheit und Tapferkeit, als bürgerlich-instrumentale Tugenden wie Ordnungsliebe, Sparsamkeit und Fleiß ihre Rehabilitierung erfahren sollten. Ein Forum der konservativen Intellektualität war auch der Kongreß „Geisteswissenschaft als Aufgabe. Kulturpolitische Perspektiven und Aspekte“, der den in Legitimationsbedrängnis geratenen Sprach- und Literaturwissenschaften, den Geschichtswissenschaften, auch der Theologie, den Rechts- und Politikwissenschaften ein neues Selbstverständnis vermitteln wollte. Wir finden Publikationen wie die Schriftenreihe „Junge Kritik“, mit der sich ab 1970 eine „Junge Rechte“ vorstellte, die von G.-K. Kaltenbrunner 1972 und 1973 herausgegebenen Sammelbände „Rekonstruktion des Konservatismus“ und „Konservatismus International“, auch die Reihe „Texte + Thesen“ (Edition Interfrom), in der sich konservative Intellektuelle ein neues Forum geschaffen haben. Ebenfalls konservativ sind die intelligenten Kommentare von Gerd Bucerius in der „Zeit“. Weiterhin haben sich vor einigen Monaten amerikanische und europäische Künstler, Schriftsteller, Gelehrte, Publizisten und Gewerkschaftler in einem „Komitee für die freie Welt“ zusammengeschlossen, in dessen Direktorium wir so illustre Namen wie Raymond Aron und Saul Bellow, Golo Mann und Leszek Kolakowski finden. Konservative Implikationen hat auch das öffentliche Interesse an der Verhaltensforschung (Ethologie), hält sie doch die menschliche

Aggression nicht für rein gesellschaftlich, sondern schon biologisch bedingt, womit die progressiven Träume von einer endgültig gewaltfreien Gesellschaft zerplatzen.

So sehr diese Phänomene für eine neue konservative Intellektualität sprechen, darf man sich deren Einschätzung und Beurteilung doch nicht zu leicht machen. So hat der „Mut zur Erziehung“ ebenso wie die anderen Elemente der Tendenzwende scharfe Kritik gefunden; das Symposium „Geisteswissenschaft als Aufgabe“ hat weder als Veranstaltung noch durch die Publikation mehr als innerakademische Bedeutung erlangt; ebensowenig konnte das „Komitee für die freie Welt“ größere Resonanz verbuchen. Außerdem darf man nicht übersehen, daß bislang die Progressiven in einer geradezu privilegierten Weise die öffentliche Diskussion beherrschten. Daß sie jetzt einen intellektuellen Widerpart erhalten, darüber dürften sie nicht wehleidig klagen; denn dem Verlust von Privilegien nachzutrauern ist ein Zeichen von Konservatismus.

Die Tatsache, daß die konservativen Intellektuellen erst in der Abwehr und Kritik fortschrittlicher und radikaler Bewegungen ihre Sprache und Argumente finden, ist eine allgemeine Erscheinung. Da Konservative der herrschenden Ordnung positiv gegenüberstehen und den Sinn einer (bloß) theoretischen Begründung von Gesellschaft, Staat und Kultur bezweifeln, finden sie sich nur in der Ablehnung progressiver Entwicklungen zu grundsätzlichen Stellungnahmen bereit, worin die oft beklagte Sprachlosigkeit und Argumentationsschwäche der Konservativen gründet.

Wenn aber konservative Intellektualität immer erst als Abwehr und Kritik progressiver Entwicklungen auftaucht, dann beweisen die neuen konservativen Intellektuellen noch kein Zurückweichen des Progressismus, vielmehr dessen Vorherrschen, zumal die Intellektuellen zunächst nur die öffentliche Diskussion, noch nicht die gesellschaftliche Situation verändern. Endlich darf man bei einer Beurteilung der gegenwärtigen Gesellschaft nicht aus dem Auge verlieren, daß viele Errungenschaften der progressiven Phase geblieben sind. Weder ist der hohe Prozentsatz von Abiturienten und Studenten eines Altersjahrgangs zurückgegangen, noch ist der Sexualkundeunterricht aus den Schulen verbannt, oder haben sich die Gesamtschulen und die Gesamthochschulen aufgelöst. Auch die Reform des Ehe- und Familienrechts, des Strafrechts und des Strafvollzugs sind keineswegs zurückgenommen worden.

Ein begrifflicher Exkurs

An dieser Stelle drängt sich wieder eine begriffliche Überlegung auf: Ist es eigentlich konservativ, wenn man progressive Errungenschaften im Bildungsreich oder Rechtswesen wertmäßig bejaht und deshalb beibehält? Konservativ ist

ein Kunstwort, das im Jahr 1818 durch den Schriftsteller und Staatsmann Chateaubriand geprägt wurde. Chateaubriand, der erfolgreich für die Rückkehr der Bourbonen eingetreten war, verstand unter „konservativ“ nicht irgendein Ethos des Bewahrens; ihm kam es auf die Erhaltung der „gesunden Lehre“ des katholischen Glaubens an. Schon 1802 hatte er in seinem Werk „Le génie du christianisme“ die Schönheit des christlichen Mittelalters als Quelle für Dichtung und Kunst gefeiert. Von Chateaubriands neuer Zeitschrift „Le conservateur“ wanderte der Ausdruck durch ganz Europa, drang in die verschiedenen Sprachen ein und wurde in ihnen ab etwa 1830 heimisch. Seitdem heißt konservativ, wer die bestehende Ordnung – nicht notwendigerweise eine katholische Gesellschaft – wertmäßig bejaht und sie daher zu erhalten sucht.

Ist in diesem formaleren Sinn der Reformers konservativ, der sich für etwas Neues eingesetzt hat und dann, wenn sich das Neue auch durchsetzt, bei dem Neuen bleibt? Ist also der Reformers, einmal zum Zuge gekommen, notwendigerweise konservativ, sofern er seine Reformen nur ernst und nicht als Spielerei einer ästhetischen Politik gemeint hat? Jedenfalls ist vom Ausdruck her der Demokrat in einer Demokratie ebenso konservativ wie der Sozialist im Sozialismus, der Agrarier in einer Agrargesellschaft, der Monarchist vor der Französischen Revolution und der Republikaner nach ihr. „Konservativ“ ist ein Verhältnisbegriff; nicht die Bejahung bestimmter Werte ist konservativ, sondern die Bejahung der jeweils herrschenden Werte und ihrer Ordnung, ohne daß man festlegen könnte, worin diese einmal für immer bestehen.

Daraus folgt die *fünfte These*: *Im Gegensatz zu einem geläufigen Alltagsverständnis ist „konservativ“ kein substantieller, sondern ein relationaler Begriff, dessen inhaltliche Bestimmung ganz von der gesellschaftlichen Situation abhängt, in der man sich jeweils befindet.* So ist es notwendig, daß auf eine Phase der Reform eine konservative Phase folgt, sofern man die Reform ernst genug gemeint hat. Auf die Dauer nichtkonservativ ist nur derjenige, dem in seinen Plänen kein Erfolg beschieden ist und der deshalb nichts zu erhalten hat.

Auf ein weiteres Problem stößt die Frage, was an einer bestehenden Ordnung erhalten werden soll. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach dem Grundgesetz ein demokratischer und sozialer Rechts- und Verfassungsstaat. Diese Staatszielbestimmung ist ein normatives Leitprinzip, nach dem die politische Ordnung eingerichtet sein soll. Nun muß die Wirklichkeit der Bundesrepublik nicht vollständig ihren verfassungsmäßigen Prinzipien entsprechen. Wer ist dann aber konservativ: derjenige, der die Wirklichkeit ganz so erhalten will, wie er sie vorfindet, oder derjenige, der die Wirklichkeit so gestalten will, wie er es von der bestehenden Verfassung gefordert sieht?

Es tut hier not, *verschiedene Formen von Konservatismus* zu unterscheiden, insbesondere einen beweglichen Reformkonservatismus von einem unbeweglichen Traditionalismus. Der *Traditionalist* bejaht die bestehende Ordnung, gleich um

welche Ordnung es sich handelt. Er hat Angst vor Neuerungen, hält das Bestehende grundsätzlich für besser und erachtet es daher als seine Pflicht, gegen alle Veränderungen die Tradition als haltende Macht durchzusetzen. Traditionalisten wollen das Bestehende in seiner geschichtlichen Erscheinung und damit in seiner Oberfläche und gerade nicht seinen Prinzipien erhalten. Sie berufen sich auf den organischen Charakter und das naturhafte Wachstum aller gesellschaftlichen Gebilde. Ihr Dilemma besteht darin, daß sich die wirtschaftlichen, kulturellen, außenpolitischen und anderen Bedingungen ständig verändern, so daß der Traditionalist, der trotz veränderter Bedingungen an denselben Lebensformen festhält, einen Oberflächen-Konservatismus vertritt, der die Prinzipien verrät, die den Lebensformen ursprünglich zugrunde lagen. Daher weiß ein *aufgeklärter Konservatismus*, daß er, um trotz veränderter Lebensbedingungen die Prinzipien zu bewahren, reformerisch tätig werden muß. Der aufgeklärte Konservatismus ist zugleich der bewegliche, er ist der Reformkonservatismus.

Der *Reformkonservatismus* bejaht nicht alles Bestehende, sondern allein jene Ordnung, die er aufgrund von Erfahrungen, kulturellen Vergleichen und empirisch-philosophischen Überlegungen für richtig hält. Während der unbewegliche Traditionalist sich dem jeweils Herrschenden anpaßt, hat der Anhänger eines Reformkonservatismus seine festen Prinzipien, die er unter wechselnden Randbedingungen durchsetzt. Er tritt nicht in sozialistischen Staaten für Sozialismus und in den westlichen für freie demokratische Ordnungen ein, sondern folgt bestimmten Prinzipien von Humanität, Gerechtigkeit und Freiheit. Dort, wo diese Prinzipien im wesentlichen verwirklicht und zugleich durch neue Möglichkeiten gefährdet sind, tritt er für die bestehende Ordnung ein, während er dort, wo die Prinzipien mißachtet werden, eine Veränderung der gesellschaftlich-politischen Ordnung fordert.

So ist der Reformkonservative zu einer erstaunlich radikalen Kritik bestehender Verhältnisse fähig. Dies hat schon Burke bewiesen, wenn er „die unerträgliche Sklaverei“ in den Minen und Bergwerken seiner Zeit anprangerte, jede Art von Korruption bekämpfte, für die Unabhängigkeit amerikanischer Kolonien und die Rechte irischer Katholiken eintrat. Der Reformkonservative sucht zuallererst Verhältnisse, deren Bewahrung überhaupt sinnvoll ist; denn es gibt nichts Widerwärtigeres als einen Konservatismus, der nichts mehr zu bewahren hat als sich selbst. Ein anderes Ziel, als bewahrens- und lebenswerte Verhältnisse zu schaffen, hat der aufgeklärte Progressist aber auch nicht, so daß einmal mehr die Denkscha-blone „konservativ contra progressiv“ versagt.

So modisch es sein mag, grundsätzlich progressiv oder konservativ zu sein, so sehr man damit Stimmen und Beifall gewinnen und mit der Unterstellung der Gegenposition seinen Gegner diskriminieren kann, muß – so meine *sechste These* – einem wehleidig gewordenen Progressismus oder einem selbstgefälligen Konservatismus doch entgegengehalten werden: *Es kommt nicht darauf an, ob man sich*

progressiv oder konservativ gebärdet, wohl aber, daß man Prinzipien einer humanen und gerechten Rechts- und Staatsordnung aufgreift und mittels Erfahrung und Sachverstand die Gesellschaftsverhältnisse den Prinzipien gemäß einrichtet.

Gründe für die neuen konservativen Tendenzen

Wieso kommt es, daß die progressive Grundströmung unserer Gesellschaften einen ernstzunehmenden Widerpart gefunden hat? Ein erster Grund ist schon genannt worden; er liegt im Erwachen einer konservativen Intellektualität. Ein weiterer Grund liegt in der Lebenserfahrung, die jemand mit oder aufgrund von Reformen und Entwicklungen gemacht hat. Denn wer nicht grundsätzlich progressiv ist, sondern aus gewissen Prinzipien der Humanität und Gerechtigkeit heraus, der wird die „progressiven Errungenschaften“ nach diesen Prinzipien beurteilen, in einer schmerzlichen Selbsterkenntnis vielleicht auch verurteilen.

Zu den Büchern, die mich in den letzten Monaten am meisten beeindruckt haben, gehört J. Schimmang, *„Der schöne Vogel Phönix“*, 1979 bei Suhrkamp erschienen und ein Dokument für das feine Gespür des Verlags gegenüber veränderten gesellschaftlichen Situationen. Das Buch, das binnen zwei Jahren in vier Auflagen von insgesamt 26 000 Exemplaren erschienen ist, trägt den Untertitel „Erinnerungen eines Dreißigjährigen“. Es erzählt von Murnau, der im Jahr der Studentenrevolution 20 Jahre alt war, von den Hoffnungen, die damit verbunden waren, aber auch vom Altern und Schwinden dieser Hoffnung; deshalb der Titel. Als Sinnbild des sich verjüngenden Lebens symbolisiert der Phönix die Hoffnungen des Menschen, Hoffnungen allerdings, die oft genug zu schön sind, um auch lebensgerecht zu sein. Das Buch zeichnet die Autobiographie eines Dreißigjährigen, der die Spätphase der antiautoritären Bewegung erlebt, auch erleidet; eines Jugendlichen, der in Ostfriesland aufwächst, nach dem Abitur in Berlin studiert, in eine kommunistische Gruppe gerät, dort Kaderarbeit leistet, mit der Gruppe bricht und Schwierigkeiten beim Übergang ins Berufsleben findet.

Schimmang stellt die Hoffnungen der endsechziger und der siebziger Jahre dar, die Desillusionierung und Depressivität, auch das hermetische Sich-Einkapseln gewisser Gruppen. Am Ende wird Murnau zwar nicht konservativ; er wird nicht Bankbeamter mit Krawatte, einer lieben Ehefrau und dem Häuschen im Grünen. Doch ist er aufgrund eigener Erfahrungen von einem schwärmerischen Hoffen befreit: „Die Schneematschmonate werden jetzt kommen oder auch Monate mit richtigem Schnee, das bleibt sich gleich, ich habe den Winter nie gemocht, er ist zu nichts weiter gut als zum Frieren. Ich werde mein Bestes tun, um ihn zu überleben. Überleben ist schwieriger geworden.“

Schimmang-Murnau hat sich aufgrund allgemeiner Lebenserfahrungen verän-

dert. Ein weiterer Grund für das neue soziale Klima sind spezifische *Sacherfahrungen*. Ich möchte keineswegs in den Chor jener Besserwisser einstimmen, die die *Schul- und Hochschulreform* für rundum gescheitert halten. Trotzdem muß man sich fragen, zu welchem wirtschaftlichen, personellen und kulturellen Preis die Reformen durchgeführt worden sind, welche Nebenfolgen sich eingestellt haben, und vor allem, ob das eigentliche Ziel, eine gerechtere und freiere Gesellschaft, tatsächlich erreicht ist, die Schulen also wirklich humaner geworden sind, mehr Chancen zur Selbstverwirklichung lassen und ihre Sachaufgabe nicht vergessen haben, sprachliche, formale, auch soziale Kompetenzen auszubilden.

Hier sind einige Fragezeichen erlaubt. Man muß die vielfältigen Klagen der Hochschullehrer ernst nehmen, daß sie jetzt weit mehr mit Verwaltungs- und Selbstverwaltungsaufgaben als mit ihren eigentlichen Funktionen, der akademischen Lehre und Forschung, beschäftigt sind; der Sieger nach allen Auseinandersetzungen um die Universitätsreform heißt jedenfalls: staatliche Bürokratie. Man muß bemerken, daß ein wieder mühsam errungenes Ansehen der deutschen Universität an vielen Orten in der Welt stark gesunken ist; man muß zur Kenntnis nehmen, daß das Reformabitur nicht von allen Nachbarländern als uneingeschränkter Hochschulzugang anerkannt wird. Selbst unter Reformvertretern ist der Ertrag der finanziell, personell und sozial so überaus aufwendigen Schul- und Hochschulreformen keineswegs eindeutig positiv. In der „Zeit“ hat der Tübinger Pädagoge Andreas Flitner das durchaus nicht ermutigende Bild gezeichnet: „Mehr Schüler denn je scheinen die Schulen nur als ein notwendiges Pflichtprogramm zu absolvieren. Sie fühlen sich fremd, unverstanden und gedrückt. Mehr und mehr Lehrer, gerade auch solche, die mit Reformhoffnungen eingetreten sind, mögen sich mit dem Schulbetrieb nicht mehr identifizieren, sind enttäuscht, ziehen sich zurück.“

Nun mag die Beurteilung bei anderen positiver ausfallen. Doch diese Alarmzeichen kann keiner übersehen: das ungeheure Anwachsen der psychosomatischen Erkrankungen junger Menschen schon in der Schule, die Zunahme der Selbstmordrate, die neuen Jugendunruhen selbst in so festgefügteten Gemeinwesen wie in der Schweiz und Großbritannien, weiterhin den großen Zulauf zu den Sekten und jenen Verlust der Eigenverantwortlichkeit, den eine Berliner Psychoanalytikerin unter das Stichwort gebracht hat: „lauter Opfer, keine Täter“. Diese Alarmzeichen weisen darauf hin, daß jener Streit zwischen den Progressiven, die sich für Emanzipation einsetzen, und den Konservativen, die wieder instrumentale Tugenden propagieren, am Hauptproblem der Sache vorbeigeht.

Um es als pädagogischer Laie zu formulieren: Kinder brauchen *vor* allem anderen Selbstvertrauen und Weltvertrauen, seelische Stabilität und zugleich Sensibilität, das sind Einstellungen und Haltungen, die sich der Zuwendung und dem Ernstnehmen, der Achtung, der Sorge und Fürsorge, der Liebe, dem Sichanlehnenkönnen und der Wärme verdanken, die man im frühkindlichen Leben

erfährt oder aber vermissen muß. Diese „wahren Bedürfnisse“ der Heranwachsenden kommen aber im pädagogischen Progressismus-Konservatismusstreit zu kurz. Auch wenn wir aus Orientierungsgründen das politische Welttheater, das uns zu kompliziert geworden ist, gern in eine wahre und eine falsche Hälfte einteilen, sollten wir uns doch von diesen Orientierungskrücken freimachen.

Meine *siebente These* lautet daher: *Während uns die pseudosakralen Begriffe des Progressiven und des Konservativen eilfertig in Rechtgläubige und Ketzer einteilen, müssen wir wieder lernen, unsere Sachprobleme wahrzunehmen und zu lösen.*

Neue Stichworte

Eine Beurteilung der gegenwärtigen Gesellschaftstendenzen darf bei den Themen der Reformzeit und ihrer Gegenbewegung nicht stehenbleiben. Die einen Konservatismus belegenden Phänomene gehören vielfach schon in die Mitte der siebziger Jahre. Wenn sie in der Kirche vielleicht noch aktuell sind, so zeigen sie, daß die Kirche im Zeichen epochal längst geschwundener kultureller Bedeutung in intellektuellen Entwicklungen und Moden ein wenig nachhinkt. Für die Gesellschaft selbst sind in jüngster Zeit Stichworte entscheidend geworden, die weder in die Reformeuphorie noch in die Tendenzwende passen: Wir stecken in der wohl schwersten *Wirtschafts- und Finanzkrise* seit der Depression der dreißiger Jahre. Die Probleme beginnen mit den steigenden Inflationsraten. Selbst der langjährige Primus, die Schweiz, schreibt Sechsen, und dies keineswegs bloß aus Gründen der Ölpreisexplosion; denn ihre Inflationsrate beträgt schon 6,9 Prozent und mehr, nach Abzug der Ölpreissteigerung immer noch etwa 6 Prozent. Probleme zeigen sich in der – bis auf die Schweiz dank ihres größeren und auch fleißig genutzten Handlungsspielraums gegenüber den Gastarbeitern – bleibend hohen Arbeitslosigkeit; sie offenbaren sich in dem gerade auch in der Schweiz alarmierend stark nachlassenden Wohnungsbau; sie resultieren aus der Exportoffensive Japans, aus den hohen Kreditzinsen und vor allem aus einer extrem hohen Staatsverschuldung: in Deutschland, hier immer noch eines der günstiger gestellten Länder, ist der Schuldendienst im Haushaltsentwurf 1982 der dritthöchste Etatposten – mit einer Steigerungsrate von 37 Prozent. Dem Mangel an Arbeitsplätzen und erschwinglichen Wohnungen steht ein Überangebot an Lärm, schlechter Luft und verschmutzten Gewässern gegenüber. Und überall muß gespart werden. Neue Reformen, die Geld kosten, sind nur dann möglich, wenn an anderer Stelle das Geld dazu gefunden wird. Sparen, Reformen aus Geldmangel einstellen oder erst gar nicht anfangen – das sind aber typisch konservative Einstellungen. So müssen unsere Gesellschaften, wenn sie noch einen Funken Vernunft haben, heute konservativ sein, ganz gleich, ob sie es gern sind oder nur mit Widerwillen.

Zudem sind die Finanzen nicht unser einziges Problem. Ich habe schon die

Jugendunruhen genannt: die Krawalle in Zürich oder die Hausbesetzungen in Berlin, die Antiatomdemonstrationen in Brokdorf, die Ausschreitungen in Liverpool. Wie auch immer man die neue, von der 60er Revolution höchst verschiedene Jugendbewegung inhaltlich beurteilen mag – sie richtet sich ohne Zweifel gegen die eingespielte Parteienlandschaft und den Konsens der gesellschaftstragenden Gruppen. Zugleich weisen die Jugendunruhen auf ein deutliches Unbehagen an unserer Kultur, ja sogar auf Ziel- und Hoffnungslosigkeit. Mehr noch: eine neue Stimmung macht sich im Westen breit, eine Stimmung, die zugleich uralte ist, die *Angst*. Sie drängt in die Kulturkritik ein und in die öffentliche Rede und scheint angesichts der Überbevölkerung, der Energiekrise, der Umweltprobleme und der noch lange Zeit bleibenden Wirtschafts- und Finanzschwierigkeiten keine unverständliche Reaktion zu sein. Schimmang-Murnau: „Ich brauche sehr lang, um einzuschlafen. Die Angst, meine treue Begleiterin, liegt neben mir, sie mag mich nicht verlassen. Ich werde weiter gegen sie Schach spielen und versuchen müssen, die Partie remis zu halten.“

Für die letzten Jahre neu und spezifisch sind die wachsende gesellschaftliche und politische Bedeutung der *Alternativen*. Im Berliner Senat weit stärker als die FDP geworden, nagen sie erfolgreich das wohlgefügte Dreiparteienspektrum der Bundesrepublik an. Ebenfalls neu ist die Welle der *Bürgerinitiativen*, in denen sich die unmittelbar Betroffenen zu Wort melden. So verschieden ihre Themen und Anlässe sein mögen – die Bürgerinitiativen legen den Finger auf eine Wunde unseres gesellschaftlichen und politischen Systems: Für viele Gruppen und Probleme fehlen angemessene Protestwege; es mangelt an Möglichkeiten, sich zu artikulieren, Forderungen anzumelden und ihnen das nötige Gewicht zu verleihen. Zugleich erfüllt sich in den Bürgerinitiativen ein Stück der progressiven Hoffnungen der sechziger Jahre; die basisdemokratische Utopie von damals ist kein Nirgendwo mehr, sie hat einen realen Lebensort gefunden, allerdings noch keine machtvolle Existenz. Warum wir Deutsche soviel Angst vor mehr direkter Demokratie haben, warum die (von CDU- und SPD-Ländern gleichermaßen obrigkeitsstaatlich erzwungenen) Gebietsreformen, warum die Errichtung von Atomkraftwerken, der Bau von Großflughäfen nicht – je nach Sache – bundes-, landesweit oder aber regional vom Volk behandelt werden sollten, bleibt einem „akademischen Gastarbeiter“ in der Schweiz zunehmend unverständlich. Die unglücklichen Erfahrungen von Weimar sind längst nicht mehr ein überzeugendes Argument.

Die Alternativenszene von heute hat zwar keine gemeinsame Doktrin und keine führenden Gurus. Aber wir stoßen auf so viele Gruppen mit einer so zahlreichen Teilnehmerschaft, daß wir schon von einer Gegenkultur sprechen können, auf Gruppen, die über das Neue nicht bloß reden, sondern es verwirklichen, Gruppen, die in sich sehr vielfältig sind und in der Ausbildung neuer Lebensformen höchst erfinderisch.

Eine Beurteilung der neuen Themen stößt auf dieselbe ambivalente Diagnose wie eine Beurteilung der „traditionellen“ Themen. Während der Vorrang von Wirtschafts- und Finanzproblemen mehr dem Konservatismus zugerechnet werden mag, steckt in der Alternativenszene ein antikonservatives Potential. Wir haben also wieder gegenläufige Tendenzen, zugleich Phänomene, die wie die neue Angst sich weder dem Konservatismus noch dem Progressismus zuschlagen lassen.

Frontenwechsel

Die Bürgerinitiativen weisen auf eine eigenartige *Verschiebung* der Kategorien des Konservativen und des Progressiven hin. Verfahrensmäßig gesehen, als Kampf für mehr Demokratie und Partizipation, gehören die Bürgerinitiativen eindeutig ins Lager der Progressiven. Aber die Progressivität des Verfahrens verbindet sich nicht notwendigerweise mit einer Progressivität der Gegenstände. Nimmt man als Beispiel den Widerstand gegen die Atomkraftwerke und greift aus dem vielschichtigen Problem nur eine Seite, die wissenschaftlich-technische, heraus, so handelt es sich um eine neue wissenschaftliche Technologie, die erbittert abgelehnt wird. Insoweit ist der unnachgiebige Widerstand gegen die Atomkraftwerke ein konservatives Phänomen, so daß sich eine verfahrensmäßige Progressivität mit einem inhaltlichen Konservatismus verbindet. Zur Beurteilung unserer gegenwärtigen Gesellschaftslage gehören also nicht nur die Gegenläufigkeit und das Nichteinordnenkönnen von Tendenzen, sondern auch die Gleichzeitigkeit von konservativ und progressiv bei ein und demselben Phänomen.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es in Mitteleuropa einen erbitterten Widerstand der Großgrundbesitzer gegen die industrielle Entwicklung, gegen eine ökonomische und eine politische Liberalisierung. Damals gab es also einen einheitlichen Konservatismus auf der wirtschaftlichen, technischen und politischen Ebene. Diese Homogenität ist nicht mehr gegeben. Heute kommt gerade von seiten der politisch Progressiven ein erbitterter Widerstand gegen neue wissenschaftliche Technologien, so gegen Mikroprozessoren im Namen humaner Arbeitsbedingungen und der Vollbeschäftigung, so gegen Kernkraftwerke oder die Gentechnologie im Namen des Lebens- und Umweltschutzes. Während die Aufklärung des 18. und des 19. Jahrhunderts aus dem Fortschritt der Wissenschaft, Wirtschaft und Technik über die Verbesserung des Bildungsniveaus und der wirtschaftlichen Lebensbedingungen zugleich einen Zuwachs an Demokratie, Gerechtigkeit und Humanität erwartete, verbindet sich heute der politische Progressismus mit einer Dämonisierung der Technik, einer negativen Romantik, die sich aus einer Nostalgie und Restauration vorindustrieller Gesellschaftszustände speist; jedenfalls verbindet er sich mit einer technisch-ökonomisch gesehen konservativen Einstellung. Die Fronten vertauschen sich. Der Kampf gegen

Kernkraftwerke, gegen Autobahnen und für Naturschutzgebiete, gegen neue Flughäfen oder neue Landepisten eint die politisch Progressiven mit Naturschützern, die ihrer politischen Herkunft nach weit eher konservativ sind. Die Etiketten des Progressiven und des Konservativen verlieren einmal mehr ihre erklärende Bedeutung.

Weitere Beispiele für den Frontenwechsel: Gerade in progressiven Kreisen beobachten wir eine „*neue Mütterlichkeit*“; im letzten Jahr stieg in Deutschland die Zahl der Geburten seit langem zum ersten Mal wieder an. Die „natürliche Geburt“ wird technischen Gebärfhilfen vorgezogen, die entsprechenden Publikationen dringen bis in die Bestsellerlisten vor. Während früher der Kaiserschnitt und ein rasches Abstillen nach der Geburt aus Schönheits-, aus Bequemlichkeits- und/oder aus Karrieregründen beliebt waren, ist heute das Stillen wieder in Mode gekommen. Gerade bei den progressiven Jungmüttern aus der Alternativenszene und dem Feministinnenlager mehren sich die Stimmen, die die Frauen- und Mütteraufgabe als weit abwechslungsreicher, als spannender und erfüllender denn eine monotone Berufstätigkeit empfinden. Noch wenige Jahre zuvor konnte ein Plädoyer für das „Frau-und-Mutter“-Dasein bestenfalls ein müdes Lächeln hervorlocken.

Die neue Mütterlichkeit als Restauration einer Mutterkreuz-Ideologie zu beurteilen, wäre viel zu oberflächlich. Denn die Zunahme der Geburten, der Einsatz für die natürliche Geburt und das Stillen haben eine ganz andere symbolische Bedeutung. Die progressiven Jungmütter von heute wollen nicht ihre Gruppe oder ihr Volk fortpflanzen; sie entdecken ihren eigenen Körper und das andere Geschlecht. In lockerer Übereinstimmung mit Gedanken von Fromm und Marcuse schätzen sie wieder die positiven Möglichkeiten der Frau- und Mutterrolle, die somit zu einer realen, intellektuell und öffentlich anerkannten Option wird. Hier verbindet sich nicht nur der politische Progressismus mit häuslichem Konservatismus. Insofern neue Optionen ein Mehr an Freiheit bedeuten, ist das Phänomen auch als realitätsoffener Progressismus zu interpretieren.

Daß die Kategorien des Konservativen und des Progressiven zur Beschreibung der gegenwärtigen Gesellschaftslage nicht allzuviel hergeben, belegt auch die „*Neue Innerlichkeit*“. Beim evangelischen Kirchentag in Hamburg waren nicht die politischen Diskussionen am meisten besucht; übertoll waren die Hallen, in denen die Bibel erläutert oder in denen einfach still meditiert wurde. Die „Neue Innerlichkeit“ zeigt sich in der Literatur, sie dokumentiert sich in jenem Rückzug, den die Alternativen, die Aussteiger, die Verweigerer überall antreten. Von einer aktivistischen Politik übersättigt, wird die Politik in ihrem Wesen durchschaut: Sie ist nur zum geringen Teil Selbstzweck, weit mehr Mittel für anderes. Sie soll nämlich Lebensräume der Humanität und Selbstverwirklichung bereitstellen, und das Bereitstellen humaner Lebensräume darf nicht mit dem humanen Leben selbst verwechselt werden.

Wird in der Alternativenszene und der „Neuen Innerlichkeit“ bloß zum

Rückzug geblasen? Handelt es sich um Phänomene der Abkehr und Flucht oder aber um einen produktiven Gegenentwurf, also um Phänomene der Rettung? Statt den Marsch durch die Institutionen anzutreten, baut man biologisches Gemüse an, trifft man sich in Selbsterfahrungsgruppen oder schart man sich um einen Guru. Man sucht nicht Macht, sondern entwickelt neue Lebensformen und läßt zugleich den anderen die bekannten Formen. Zumindest in kleinen Gruppen steuert man auf Herrschaftslosigkeit zu, statt in den alten Fehler politischer Revolutionen zu verfallen, durch Herrschaft die Herrschaft brechen zu wollen. Die neuen Versuche einfach dem progressiven oder dem konservativen Lager zuzuordnen, ist kaum möglich; sympathischer als die Versuche, eine gesellschaftlich-politische Gegenmacht aufzubauen, sind sie allemal.

Ich breche meine aphoristischen Bemerkungen ab. Aus den unsystematischen Überlegungen folgt, daß wir uns viel zu rasch und leichtfertig auf das Konservativ-Progressiv-Etikett verlassen und den offenen Blick für die wirklichen Probleme versperren. Die Gefahren, die uns heute bedrohen, beginnen mit der gleichzeitigen Renaissance von Nostalgie und Utopie, einer Koalition von Einstellungen, die die Vergangenheit oder die Zukunft sucht, statt sich den Aufgaben der Gegenwart zu stellen. Eine weitere Gefahr liegt im Überhandnehmen negativer Mehrheiten: in der Ablehnung bestimmter Politiken kann man sich einigen, ohne auch für konstruktive Gegenvorschläge eine Mehrheit zu finden, obwohl nicht in allen Situationen ein Lassen des Status quo die bessere Entscheidung ist. Gefahr droht uns von einer immobilen Bürokratie, die unsere komplexen Gesellschaften nach viel zu grobschlächtigen Methoden verwaltet, von der tendenziellen Oligarchie (da sich auf allen Ebenen der Politik viele Ämter und Aufgaben in wenigen Händen häufen), von der Macht der etablierten Gruppen: der Parteien, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Kirchen usw., die den nichtorganisierten, vielleicht überhaupt schwer organisierbaren Interessen wenig Chancen läßt, schließlich von einem politischen System, das sich immer wieder als ein selbständig gewordenes Subsystem der Gesellschaft entpuppt und die politische Bedeutung der Wahlen aushöhlt.

Mit meiner Skepsis gegenüber der Erklärungs- und Orientierungskraft der pseudosakralen Kategorien des Konservativen und des Progressiven verbinde ich ein Votum für „wechselnde Koalitionen“ im politischen Leben: Wer für die Erhaltung der Naturlandschaft eintritt, braucht nicht für oder gegen Kommunen und Konkubinat zu stimmen; wer biologische Landwirtschaft betreibt, muß sich nicht in der Friedensbewegung engagieren; wer Leben und Umwelt schützen will, braucht nicht jede Form der neuen Gentechnologie zu verwerfen; wer die Finanz- und Wirtschaftsprobleme für gegenwärtig vordringlich hält, muß nicht grundsätzlich der Wirtschaft die Priorität aller Politik einräumen.

¹ Der Text dieses Beitrags geht auf ein Referat bei der Ottobeurer Studienwoche (4.–7. 8. 1981) zurück.